

Management Summary.

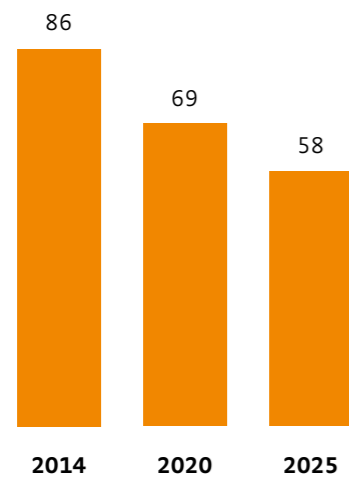


Digitale Politik nicht „up-to-date“?

Schlaglichter

Das Meinungsbild ist klar: 86 Prozent aller befragten Experten stimmen zu, dass die Ressorts in den Ministerien und die Zusammenarbeit in ihrer derzeitigen Form den rasant wachsenden Herausforderungen der digitalen Gesellschaft nicht gerecht werden. Und dieses Missverhältnis wird sich nach mehrheitlicher Expertenmeinung in den kommenden 10 Jahren nicht zum Besseren wandeln. Ein Ressortzuschritt, der sich immer noch an der Industriegesellschaft des 20. Jahrhunderts orientiert, wird weder unseren digitalen noch volkswirtschaftlichen Herausforderungen gewachsen sein.

(1) Der Befund könnte nicht deutlicher sein: Die Ressorts in den Bundes- und Landesministerien und die interministerielle Zusammenarbeit werden in ihrer derzeitigen Form den rasant wachsenden Herausforderungen der digitalen Gesellschaft nicht gerecht.



These: Die Ressorts in den Bundes- und Landesministerien und die interministerielle Zusammenarbeit werden in ihrer derzeitigen Form den rasant wachsenden Herausforderungen der digitalen Gesellschaft nicht gerecht.

„Inwieweit trifft diese These auf die Situation in Ihrem Unternehmen zu?“

Prozentualer Anteil derjenigen Experten, welche der These für das Jahr 2014, 2020 und 2025 voll und ganz oder eher zustimmen.

Die deutsche Wirtschaft hat kein Vertrauen in die nationale Gesetzgebung bzgl. der Gestaltung zeitgemäßer Rahmenbedingungen. Die Verfahren politischer, gesetzlicher und regulatorischer Gestaltung genügen der enormen Entwicklungs- und Veränderungsgeschwindigkeiten der digitalen Welt, wie sie u.a. in Wirtschaft und Medien vorzufinden sind, nicht. Der gegenwärtige Zuschnitt und Informationsfluss der Ressorts ist kontraproduktiv.

Weitere Konsenspunkte aus dem Thesenblock „Digitale Politik nicht „up-to-date“?:

(2) Gesetzgebung hält gegenwärtig weder konzeptionell noch in der Umsetzung Schritt. Unternehmen in Deutschland erfahren durch juristische Prinzipien und nicht mehr zeitgemäße Regulierung Wettbewerbsnachteile.

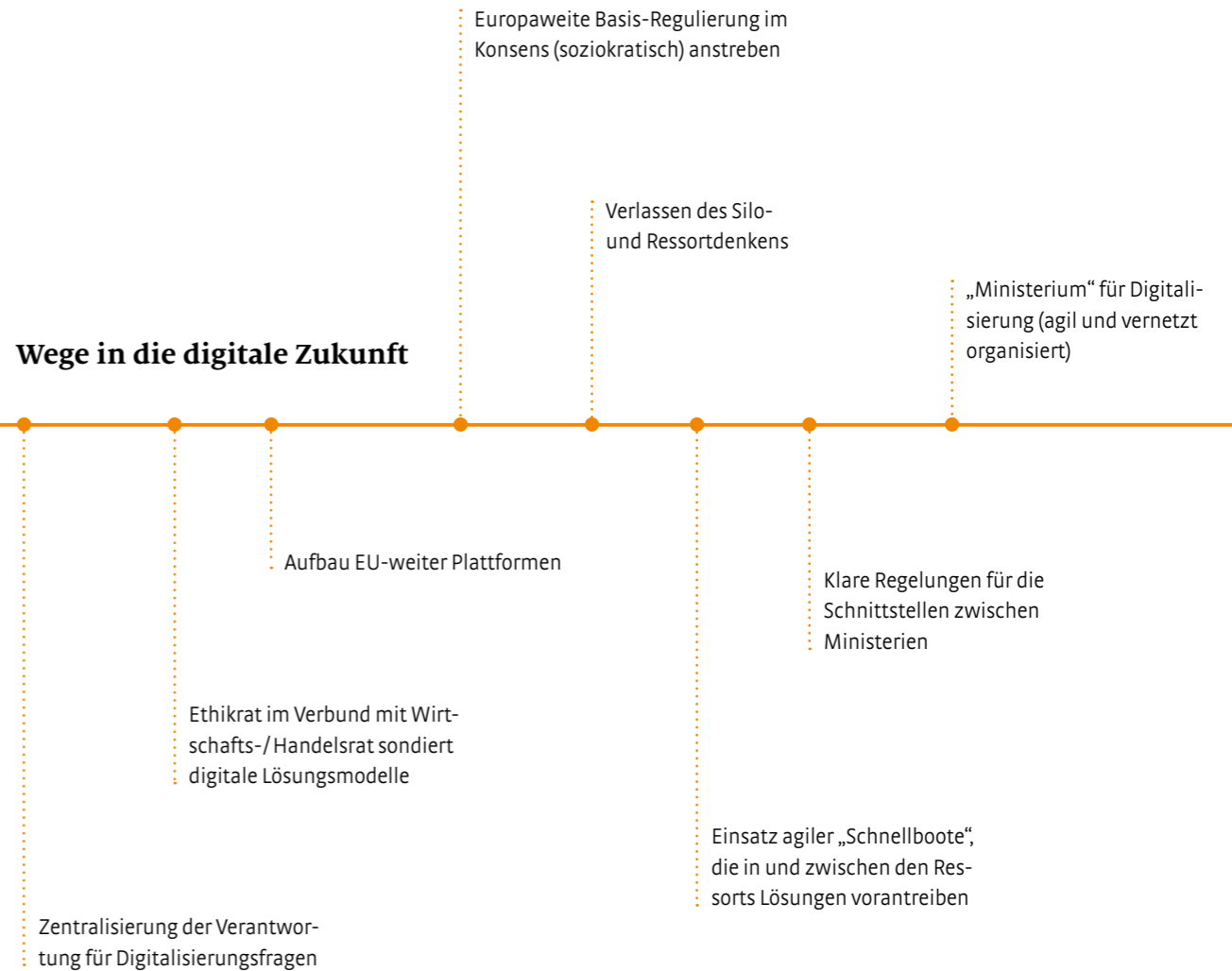
(3) Europas digitalisierte Wirtschaft/Industrie/Medien schaffen es aktuell nicht, digitale Geschäftsmodelle an die heterogenen Anforderungen des europäischen Marktes und seiner Rahmenbedingungen anzupassen und auf internationale Kundenbedürfnisse adäquat einzugehen.

(4) Während in den USA Gesetze die Digitalisierung im „Großen“ leiten, verhindert die Gesetzgebung in Deutschland und Europa durch sehr differenzierte Gebote und Verbote ein rasches Vorankommen der digitalen Wirtschaft.

Vgl. dazu weiterführend:

Studie S. 42 zuku14.de/digitalepolitik

Wege in die digitale Zukunft



Wichtigste Handlungsschwerpunkte:

- !** **Aufbau politischer Gestaltungskraft, die zeitnah Wirkung entfaltet, um notwendige Rahmenbedingungen der digitalen Gesellschaft, der Wirtschaft und der Medien zu schaffen: Zeithorizont < 5 Jahre**
- !** **„Ministerium“ für Digitalisierung keinesfalls als hierarchische Behörde organisieren, sondern wie ein Scrum-Regelwerk bei IT Unternehmen: Schlank besetzte und vernetzte Schnellboote erarbeiten Teillösungen der digitalpolitischen Agenda iterativ und direkt bei den Ressorts**